

Vorlage zur Kenntnisnahme

für die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 23.05.2013

1. Gegenstand der Vorlage: Bezirkliches Aktionsprogramm zur Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf

2. Die BVV wird um Kenntnisnahme gebeten:

Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf hat in seiner Sitzung am 16.04.2013 beschlossen, die BA-Vorlage Nr. 0415/IV der BVV zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Die Vorlage ist in der Anlage beigefügt.

Komoß
Bezirksbürgermeister

Anlage

Vorlage für das Bezirksamt
- zur Beschlussfassung –
0415/IV

- A. Gegenstand der Vorlage: Bezirksliches Aktionsprogramm zur Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf
- B. Berichtersteller/in: Bezirksbürgermeister Herr Komoß
- C.1 Beschlussentwurf: Das Bezirksamt beschließt die Umsetzung des Leitprojektes im Handlungsfeld 7, Leitziel 2 des Bezirklichen Integrationsprogramms „Entwicklung einer Bezirkskonzeption gegen Rechtsextremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung und vorurteilsmotivierte Kriminalität“ (BA-Vorlage 1306/III vom 15.03.2011) durch die Konzeption „Bezirkliches Aktionsprogramm zur Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“(Anlage 2 und Anlagen 2a-c)
- C.2 Weiterleitung an die BVV
zugleich Veröffentlichung: Das Bezirksamt beschließt weiterhin, diese Vorlage der BVV zur Kenntnisnahme vorzulegen und umgehend zu veröffentlichen.
- D. Begründung: Das Lenkungsgremium des Bezirklichen Integrationsprogramms hat für die Umsetzung des Bezirklichen Integrationsprogramms die Umsetzung des Leitprojektes in der vorgelegten Fassung empfohlen, da bundesweit bereits diverse Konzepte zu dieser Problematik existieren. Es soll partizipativ mit möglichst vielen bezirklichen Akteuren ein „Bezirkliches Aktionsprogramm zur Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“ erarbeitet werden, mit dem auch die Erfahrungen aus den beiden bezirklichen Lokalen Aktionsplänen für Demokratie und Toleranz aufgearbeitet werden und alle positiven Ansätze aus der praktischen Arbeit vor Ort zusammengeführt werden.
- E. Rechtsgrundlage: § 15, § 36 Abs. 2 Buchstabe b, f und Abs. 3 Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG)
- F. Haushaltsmäßige
Auswirkungen: keine
- G. Gleichstellungsrelevante
Auswirkungen: keine

H. Behindertenrelevante
Auswirkungen: keine

I. Migrantenrelevante
Auswirkungen: keine

Komoß
Bezirksbürgermeister

Anlagen

Resümee aus dem Entwurf

Bezirkliches Aktionsprogramm zur Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf

I. Vorbemerkung:

Das Bezirkliche Integrationsprogramm sieht als Leitprojekt in seinem Handlungsfeld 7 („Integration durch Partizipation und Stärkung der Zivilgesellschaft“) / Leitziel 2 (Förderung einer menschenrechtsorientierten Kultur des Respekts und Schutz der Demokratie) die Entwicklung einer „Bezirkskonzeption gegen Rechtsextremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Gewalt, Diskriminierung und vorurteilsmotivierte Kriminalität“ als Orientierungsrahmen für kommunale Fachdienste, geförderte Träger und Projekte mittelfristig vor.

Das Lenkungsgremium für die Umsetzung des Bezirklichen Integrationsprogramms hat in Anbetracht der in den letzten Jahren gewonnenen praktischen Erfahrungen auf dem Gebiet empfohlen, dieses Leitprojekt zu einem „Bezirklichen Aktionsprogramm zur Demokratieentwicklung“ zu entwickeln, das partizipativ unter Beteiligung möglichst vieler bezirklicher Akteure und Akteurinnen zu erarbeiten ist.

Mit dem Aktionsprogramm sollen alle guten praktischen Erfahrungen multipliziert, gestärkt und ausgebaut werden. Darin sollen auch die Ergebnisse aus der Arbeit der beiden Lokalen Aktionspläne (LAP) im Bezirk zusammengeführt werden, die über das Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie / Programmbereich „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ gefördert sind.

II. Ziele:

- Verstetigung des Engagements für Demokratie und Demokratieentwicklung durch
 - Stärkung demokratischer, menschenrechts- und gemeinwesenorientierter Strukturen herkunftsübergreifend
 - Zusammenführung und strategische Ausrichtung bereits bestehender sowie neu zu entwickelnden und umzusetzender Ansätze und Maßnahmen;
- Weiterer Ausbau des Symbols „Ort der Vielfalt“ für den Bezirk;
- Herstellung eines demokratischen Grundkonsenses bzw. einer freiwilligen Selbstverpflichtung;
- Verstetigung des Engagements gegen rechtsextreme Tendenzen und Aktivitäten;
- Ausbau des Kreises der Interessierten und Engagierten entlang der geschützten Differenzmerkmale des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes und unter Einbeziehung bisher nicht berücksichtigter Arbeitsfelder (z.B. Wirtschaft, Ehrenamt);
- Bezirksweiter und fachbereichsübergreifender Erfahrungs- und Informationsaustausch und somit Bündelung von Ressourcen und Vermeidung von unkoordinierten Parallelstrukturen;
- Förderung des ehrenamtlichen bzw. zivilgesellschaftlichen Engagements;
- Steigerung der Attraktivität und Zukunftsfähigkeit des Bezirks sowie der allgemeinen Lebensqualität für alle seine Bürgerinnen und Bürger.

III. Maßnahmen (Auswahl):

- Neukonzeption des Rechtsextremismus-Verzeichnisses;
- Erarbeitung eines Demokratie-Audit (Forschungsprojekt an der ASH: „Stärkung zivilgesellschaftlicher Ressourcen in Marzahn-Hellersdorf als Beitrag zur sozialräumlichen Demokratieentwicklung“) bzw. Nutzung weiterer Potenziale;
- Zusammenführung und Weiterentwicklung der im Rahmen der beiden LAP erzielten Erfahrungen;
- Einbindung von vorurteilsbewusster Gestaltung von Vielfalt und Verschiedenheit, Antidiskriminierung und Diversity-Management;
- Erstellung eines neuen Konzepts zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung;
- verstärkte Beteiligung am Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“;
- Beteiligung an der Kampagne „Sport und Politik – Verein(t) gegen Rechts“
- Erarbeitung verbindlicher Kriterien und Mindeststandards im Bereich der interkulturellen und antirassistischen Bildungs-, Familien-, Kinder- und Jugendarbeit
- Erarbeitung fachlicher Standards für demokratieorientierte bzw. demokratiefördernde Arbeit mit Bürgerinnen und Bürger (z.B. niedrigschwelliges Ideen- und Beschwerdemanagement als Angebot einer bürgernahen Verwaltung)
- Schaffung eines privatwirtschaftlichen Bündnisses „Mittelstand macht mit – Wir für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“



Bezirkliches Aktionsprogramm zur Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf (Entwurf – Stand: 09.04.2013)

I. Vorbemerkungen

Das langjährige Engagement gegen rechtsextreme Tendenzen und Aktivitäten, an dessen Erfolge angeknüpft werden kann und soll, wird durch das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf bewusst auf eine höhere qualitative Ebene gehoben, um den aktuellen Gegebenheiten noch besser gerecht werden zu können. Aus diesem Grunde sind die nachfolgenden Handlungsansätze nicht nur als notwendige Maßnahmen zur Abwehr ebenjener rechtsextrem motivierter Erscheinungsformen – von verbalen Verunglimpfungen bis hin zu tätlichen Übergriffen –, sondern gleichzeitig auch und gerade als Beitrag zur aktiven und kontinuierlichen Stärkung demokratischer, menschenrechts-, vielfalts- sowie gemeinwesenorientierter Strukturen innerhalb des Bezirks zu begreifen.

Das Bezirkliche Integrationsprogramm für Marzahn-Hellersdorf sieht in seinem Handlungsfeld 7 („Integration durch Partizipation und Stärkung der Zivilgesellschaft“) vor, mittelfristig eine Bezirkskonzeption gegen Rechtsextremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Gewalt, Diskriminierung, vorurteilsmotivierte Kriminalität und Ungleichwertigkeitsideologien zu entwickeln, die auf diesem Gebiet unter anderem auch als Orientierungsrahmen für kommunale Fachdienste, geförderte Träger und Projekte dienen soll. Darüber hinaus verfolgt eine solche Konzeption vor allem das Ziel, die bereits bestehenden gemeinsam mit den neu umzusetzenden Ansätzen und Maßnahmen zusammenzuführen sowie strategisch auszurichten, um Demokratie, Vielfalt, Toleranz und Respekt im Bezirk noch besser erfahrbar zu machen, weiter auszubauen und zu stärken.

Ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger sind unverzichtbar, wenn es darum geht, Politik bzw. Verwaltung und Zivilgesellschaft miteinander zu verbinden und das Gemeinwesen mit vereinten Kräften lebendig auszugestalten. Menschen dafür zu gewinnen, sich – in welcher Form auch immer – ehrenamtlich für andere Menschen einzusetzen, ist damit eine ganz wesentliche Voraussetzung für den Auf- und Ausbau einer demokratischen Bürgergesellschaft, die über den rein politischen Bereich hinausgeht. Umso wichtiger ist es, vor allem (noch nicht berufstätige) Jugendliche sowie (nicht mehr berufstätige) Seniorinnen und Senioren als ehrenamtliche Unterstützer/innen und Vermittler/innen in die nachfolgenden Maßnahmen einzubeziehen (z.B. über die FreiwilligenAgentur, das Kinder- und Jugendbüro, die Seniorenvertretung).

Oftmals werden die unternommenen Anstrengungen auf die Bereiche Jugend und Schule nicht nur konzentriert, sondern sie bleiben zuweilen auch darauf reduziert. Das führt allerdings dazu, dass sich andere Gesellschaftsgruppen und Verwaltungsbereiche für diese Thematik nicht zuständig fühlen. Durch diese teilweise recht einseitige Ausrichtung werden somit unnötigerweise wertvolle Ressourcen und Kompetenzen vergeben, die für die ressort- bzw. arbeitsfeldübergreifende Umsetzung einer integrierten lokalen Strategie jedoch



dringend notwendig sind. Die verschiedenen Ansätze und Aktivitäten, die im Jugendbereich bereits erfolgreich zum Tragen kommen, sollten daher nach Möglichkeit auch auf andere Bereiche ausgedehnt, mit diesen vernetzt und gebündelt werden, um den bezirksweiten und fachbereichsübergreifenden Erfahrungs- und Informationsaustausch sicher zu stellen.

Darüber hinaus gilt für das vorliegende Aktionsprogramm, dass es grundsätzlich

- strategisch auf Machbarkeit, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtet ist;
- laufend aktualisiert bzw. fortgeschrieben werden muss, um den sich wandelnden Realitäten gerecht zu werden;
- keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt und im Bedarfsfall darüber hinausgehende weitere Aktionen bzw. Maßnahmen davon selbstverständlich unberührt bleiben (wobei diese jedoch – um unkoordinierte Parallelstrukturen zu vermeiden und stattdessen wechselseitige Verstärkungen zu erzielen – nach Möglichkeit nachvollziehbar in den Rahmen des Aktionsprogramms eingebettet werden sollen).

Das übergeordnete Ziel des vorliegenden Aktionsprogramms besteht darin, die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit von Marzahn-Hellersdorf hervorzuheben und die allgemeine Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger noch weiter zu steigern. Dies betrifft beispielsweise die Einbindung des gesellschaftlich wichtigen Bereiches der Wirtschaft, der bislang kaum oder gar nicht angesprochen bzw. erreicht wurde, wenn es um Fragen der Demokratieentwicklung ging.

Zurecht kann dabei auf die im Jahre 2009 von der Bundesregierung verliehene Auszeichnung des Bezirks als „Ort der Vielfalt“ verwiesen werden: In der Begründung, weshalb die Auszeichnung an Marzahn-Hellersdorf verliehen wurde, heißt es, dass sich der Bezirk ausdrücklich um ein positives Integrationsklima für all seine Bürgerinnen und Bürger bemüht, indem er unter Berücksichtigung seiner Bevölkerungsvielfalt die Themenbereiche Bürgerbeteiligung, Arbeit gegen Diskriminierung sowie für gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Mittelpunkt seines politischen Handelns stellt.

Das Motto „Wir engagieren uns für Vielfalt, Toleranz und Demokratie!“ ist in diesem Zusammenhang nicht nur als Anerkennung für bereits Geleistetes, sondern auch als fortwährender Auftrag zu verstehen, auf den bereits erzielten Erfolgen weiterhin aufzubauen und im beständigen Engagement für Vielfalt, Toleranz und Demokratie keinesfalls nachzulassen. Das Markenzeichen „Ort der Vielfalt“ gilt es dementsprechend sowohl mit altbewährten als auch mit neuen Ideen und Institutionen, Projekten und Personen ständig weiterzuentwickeln, das heißt gezielt „kommunales Marketing“ für den „Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“ zu betreiben.

Insofern verstehen sich die nachfolgenden Maßnahmen als demokratischer Grundkonsens und freiwillige Selbstverpflichtung all derjenigen, die im Bezirk Verantwortung für das Gemeinwesen tragen bzw. zu übernehmen bereit sind: Bezirkspolitik, Bezirksverwaltung und Zivilgesellschaft. Über verschiedene „klassische“ Wege und mit Hilfe neu zu erprobender Instrumente demokratischer Mitbestimmung und Teilhabe soll der Kreis der Interessierten



und Engagierten jedoch stetig wachsen und idealerweise ein wegweisendes Beispiel für ganz Berlin sein. Der Wunsch nach einem Mehr an Miteinander (Kooperation) und Füreinander (Solidarität) erfordert dabei zugleich auch ein Mehr an Demokratie (Partizipation). Denn schließlich sollen sich möglichst viele Menschen mit ihrem Bezirk und mit der prinzipiellen Zielsetzung dieser integrierten lokalen Strategie zur Demokratieentwicklung, die ihrerseits Teil des Bezirklichen Integrationsprogramms und der „Lokalen Agenda 21“ ist, identifizieren können.

II. Maßnahmen

- Zum weiteren Ausbau des „Verzeichnisses Marzahn-Hellersdorf zur Erfassung aller Vorkommnisse, die in Zusammenhang mit antisemitischen, rechtsextremen und rassistischen Wahrnehmungen stehen“ und der Etablierung eines Meldesystems für rassistische, rechtsextremistisch und vorurteilsmotivierte Vorfälle mit zentraler Dokumentation und Koordination durch die Bezirkliche Koordinierungsstelle gegen demokratiegefährdende Phänomene und Rechtsextremismus Marzahn-Hellersdorf (Polis*) wird ein Online-Meldesystem eingerichtet, so dass alle Bürgerinnen und Bürger entsprechende Vorfälle schnell und unkompliziert melden können. Diese internetbasierte Plattform wird ergänzt um einen Qualifizierungspool in Form einer Online-Sammlung von Angeboten für Fortbildungen und Trainings zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus, GMF, Diversity, Integration, Diskriminierung, vorurteilsbewusste Erziehung, Demokratieerziehung etc. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang auch die Neukonzeption des Verzeichnisses, das ab dem Berichtsjahr 2013 zusätzlich zu der Dokumentation und Auswertung antisemitischer, rechtsextremer und rassistischer Wahrnehmungen auch einen Berichtsteil zur Demokratieentwicklung im Bezirk beinhalten wird.
- Flankierend zur praktischen Umsetzung der einzelnen Maßnahmen wird an der „Alice Salomon Hochschule“ ein wissenschaftliches Forschungsprojekt sowie eine Fachtagung zum Thema „Stärkung zivilgesellschaftlicher Ressourcen in Marzahn-Hellersdorf als Beitrag zur sozialräumlichen Demokratieentwicklung“ durchgeführt. Im Zuge dessen wird eine bezirksweite Erhebung zu den demokratischen Strukturen und Möglichkeiten als handlungsorientierte Felderkundung (Demokratie-Audit) durchgeführt, um die bereits vorhandenen (aber nicht in jedem Falle auf den ersten Blick ersichtlichen und bekannten) demokratischen Ressourcen als solche ausfindig und namhaft zu machen. Langfristig ist derweil eine in regelmäßigen Abständen durchzuführende zertifizierte Auditierung anzustreben.
- Die kontinuierliche fachliche Begleitung sowie regelmäßige Evaluation des vorliegenden Aktionsprogramms einschließlich der darin vereinbarten Maßnahmen erfolgt durch den Integrationsbeirat des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf (insbesondere durch die Arbeitsgruppe „Vielfalt – Partizipation – Respekt“). Dieser erstellt dazu einmal im Jahr einen Bericht über den jeweiligen Umsetzungsstand (insbesondere über nennenswerte Erfahrungen, konkrete Ergebnisse, Erfolge und Fehlschläge, zukünftige Agenda etc.), der zwecks



Transparenz für alle Bürgerinnen und Bürger auf der Internetpräsenz des Bezirkes veröffentlicht wird.

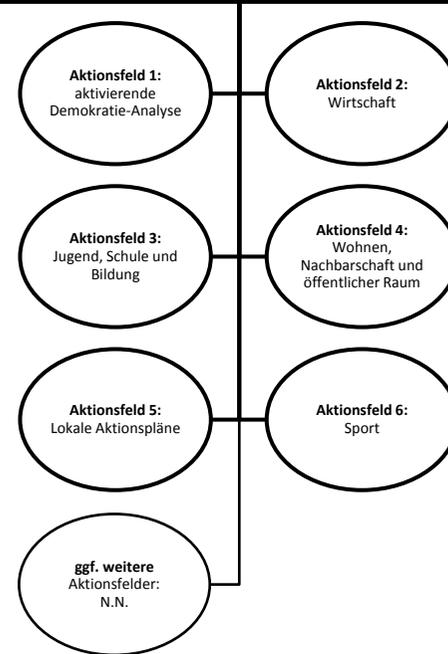
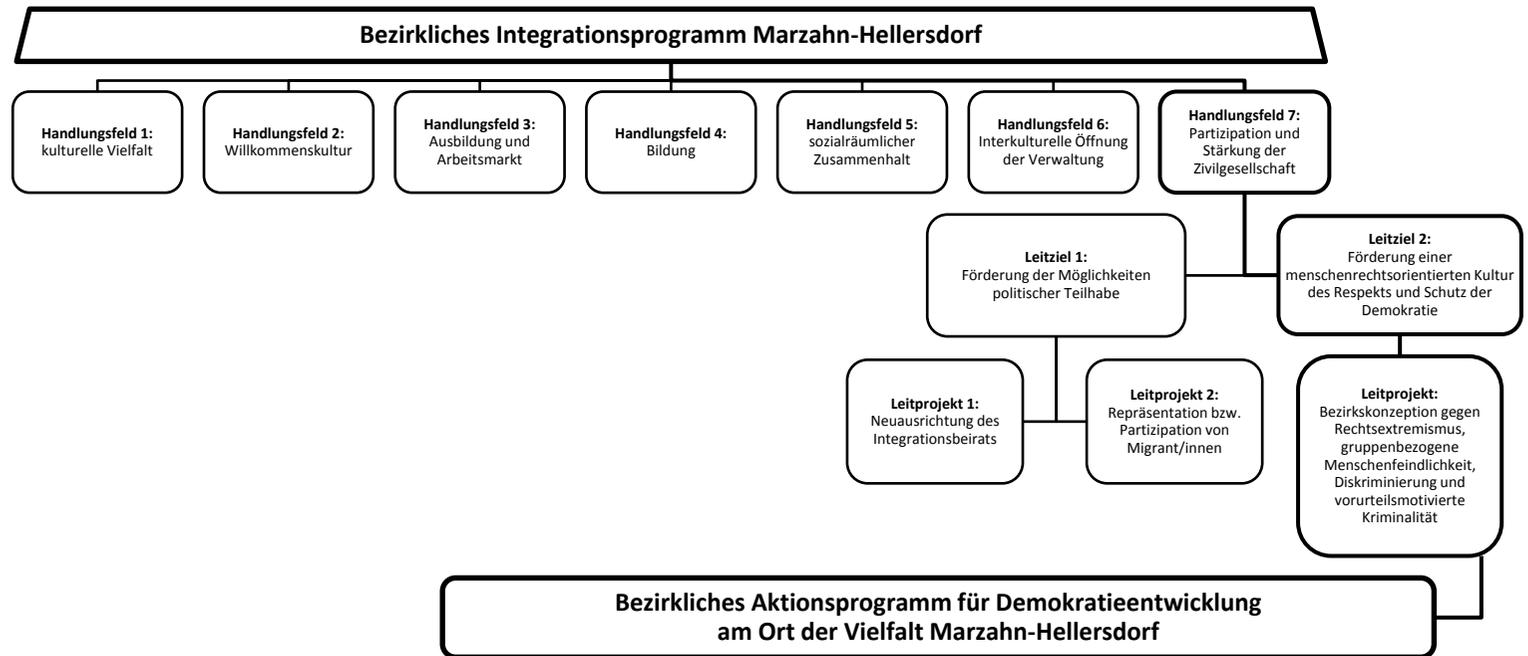
- Um die bisherigen Erfahrungen mit den beiden Lokalen Aktionsplänen (LAP) für Marzahn-Mitte und Hellersdorf-Nord/-Ost in die demokratieorientierte Arbeit einfließen zu lassen und insbesondere Beispiele guter Praxis in allen Strukturen des Bezirkes zu multiplizieren, wird ein geeignetes Veranstaltungsformat entwickelt (z.B. gemeinsame Fachtagung beider LAPs), welches diesen Erfahrungsaustausch und die Diskussion über die Weiterentwicklung des bereits Erreichten gewährleistet.
- Der Themenkomplex „vorurteilsbewusste Gestaltung von Vielfalt und Verschiedenheit“ („Antidiskriminierung und Diversity“) wird in die Personalführung und in Fortbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und der durch öffentliche Mittel geförderten Einrichtungen nachweislich einbezogen. Dies berührt zugleich auch Handlungsfeld 6 des Bezirklichen Integrationsprogramms, das sich der interkulturellen Öffnung der Verwaltung widmet.
- Im Bezirk ansässige Unternehmen wirken in den jeweiligen Sozialraum hinein und stärken insgesamt den Wirtschaftsstandort Marzahn-Hellersdorf, indem sie zu gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme bereit sind, auch wenn dies über ihre eigentliche Geschäftstätigkeit hinausgeht. Die Einbindung der lokalen Wirtschaft in die Mitgestaltung des demokratischen Gemeinwesens im Sinne dessen, was man unter „Unternehmensbürgerschaft“ („corporate citizenship“) bzw. „unternehmerische Sozialverantwortung“ („corporate social responsibility“) versteht, läuft vor allem über den „Marzahn-Hellersdorfer Wirtschaftskreis“ sowie über Wohnungsunternehmen, Gaststätten, Ausbildungsbetriebe, Einkaufszentren, Gewerkschaften, die Industrie- und Handelskammer etc. in Form unterschiedlicher Aktionen und Projekte, wie beispielsweise:
 - gemeinsame Offensive für innerbetriebliche Demokratie und Vielfalt (z.B. Aushandlung und Abschluss von Betriebsvereinbarungen für ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld);
 - privatwirtschaftlicher Zusammenschluss zu einem Bündnis namens „Mittelstand macht mit – Wir für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“, das einen jährlichen Preis für die beste (nicht-staatliche) Demokratie-Initiative im Bezirk stiftet;
 - durch lokale Unternehmen unterstützte Plakataktion sowie Herstellung und Verteilung von Einkaufschips o.ä. unter dem Motto „Wir für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“ (z.B. alljährlich im Rahmen der Interkulturellen Tage);
- Es werden – soweit nicht vorhanden – fachliche Standards für demokratieorientierte bzw. demokratiefördernde Arbeit mit Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet und umgesetzt (z.B. Kundenorientierung innerhalb der öffentlichen Verwaltung bzw. niedrighschwelliges Ideen- und Beschwerdemanagement für alle Bürgerinnen und Bürger als Angebot einer bürgernahen Verwaltung).



- Zur nachhaltigen Förderung der Qualitätsentwicklung im Bereich der interkulturellen und antirassistischen Bildungs-, Familien-, Kinder- und Jugendarbeit werden allgemein verbindliche Kriterien und Mindeststandards entwickelt und umgesetzt. Für diesen Bereich sind außerdem folgende Maßnahmen einzuleiten:
 - Fortbildungen zu Diskriminierungs- und Gewaltprävention sowie interkulturellem Lernen, gewaltfreier Kommunikation und Demokratie-Erziehung in Jugendfreizeiteinrichtungen und für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der offenen Jugendarbeit sowie für Kitas, Schulen und Einrichtungen der außerschulischen (Erwachsenen-)Bildung und Familienbildungsarbeit;
 - Entwicklung eines neuen Konzepts zur politischen Bildung seitens des Jugendamtes und der Volkshochschule;
 - Übertragung regional bereits bestehender Projekte (z.B. ältere Jugendliche, die sich um Jüngere kümmern) auf den Gesamtbezirk;
 - bezirksübergreifende Kooperation mit dem Lichtenberger Projekt „ElternStärken – Beratung, Vernetzung, Fortbildung zum Thema Familie und Rechtsextremismus“ zur Befähigung bzw. Verbesserung im Umgang mit rechtsextrem orientierten Eltern;
 - verstärkte Beteiligung von Marzahn-Hellersdorfer Schulen am Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (ggf. in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung).
- Es wird eine bezirksweite Sport-Initiative gegen Diskriminierung und für Demokratie ins Leben gerufen, die u.a. folgende Einzelmaßnahmen beinhaltet:
 - Aufnahme antirassistischer Positionierungen in Hausordnungen, Platzordnungen und Satzungen von Sportvereinen;
 - Fortbildungen für Trainerinnen und Trainer bzw. Sportbetreuerinnen und Sportbetreuer;
 - Beteiligung an der bundesweiten Kampagne „Sport und Politik – Verein(t) gegen Rechtsextremismus“.
- Das Bezirksamt befördert die Weiterentwicklung Marzahn-Hellersdorfs als „Ort der Vielfalt“ u.a. mit folgenden Maßnahmen, die in partizipativer Weise mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern vorbereitet und umgesetzt werden:
 - Durchführung von jährlichen Aktionswochen zum Thema „diskriminierungsfreie Schule“, „diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld“ und „diskriminierungsfreier Verein“ (z.B. mit Sozialkompetenztrainings zur Förderung von sozialen und interkulturellen Schlüsselkompetenzen);
 - Ausarbeitung eines verbindlichen Verhaltenskodex für öffentliche Einrichtungen (z.B. Schulen, Verwaltung) und von öffentlichen Mitteln geförderten freien Trägern (z.B. Kitas, Jugendfreizeiteinrichtungen);
 - Image-Kampagne auf der Internetpräsenz des Bezirksamtes unter dem Motto „Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“ (in Anlehnung an „30 gute Gründe für Marzahn-Hellersdorf“) einschließlich der Errichtung eines Informationsportals zum Thema „Gemeinsam für Demokratie und Toleranz“ als zentrale Datenbank mit allen Initiativen bzw. Akteuren im Bezirk, die sich im Sinne des Bezirklichen

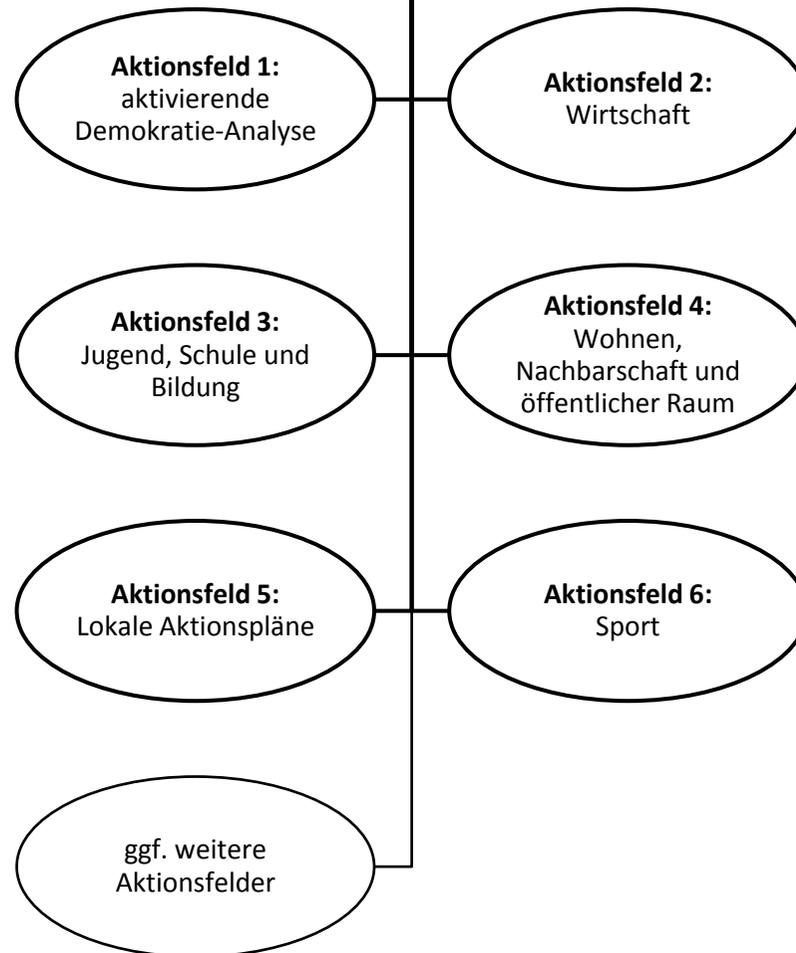


- Aktionsprogramms sowie Bezirklichen Integrationsprogramms engagieren;
- Erstellung einer Selbstdarstellungsbroschüre des Bezirks mit dem Titel „Marzahn-Hellersdorf – Ein Ort der Vielfalt“;
 - „Willkommenspaket“ für alle neuen Bürgerinnen und Bürger des Bezirks;
 - Auszeichnung einer im Bezirk ansässigen Lokalität (z.B. Bibliothek, Kita, Schule, Sportverein, Kirchengemeinde, Restaurant, Einkaufsladen) als „Besonderer Ort der Vielfalt des Jahres 20XX am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“ einschließlich einer jährlichen Preisverleihung durch das Bezirksamt;
 - Durchführung eines Fachgesprächs zur Initiierung von Sicherheitsmaßnahmen im öffentlichen Raum (inkl. öffentlicher Personennahverkehr und Einrichtungen).
- Das „Gemeinsame Manifest aller demokratischen Parteien zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zur Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf am 18. September 2011“ wird zu den in den kommenden Jahren stattfindenden Wahlen jeweils aktualisiert. Ergänzend dazu wird eine gemeinsame Postkarte o.ä. an alle Erstwählerinnen und Erstwähler verschickt, die den Aufruf enthält, zur Wahl zu gehen und demokratische Parteien zu wählen.



Anlage 2a zur BA-Vorlage 0415/IV: Bezirkliches Aktionsprogramm zur Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf (Organigramm 1)

Bezirkliches Aktionsprogramm für Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf



Bezirkliches Aktionsprogramm für Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf

